

**Topmeldung****USA | Nahostfriedensplan vorerst abgelehnt**

Der von Präsidentenberater Jared Kushner (Schwiegersohn von US-P Trump) federführend ausgearbeitete US-Nahostfriedensplan ist von den Palästinensern und der arabischen Seite vorerst mit Verweis auf den fehlenden politischen Lösungsansatz gescheitert. Der aktuelle Plan stellt mit der Bereitstellung eines globalen Investmentfonds (rund 50 Mrd. USD / primär aus arabischen Staaten) zur Wirtschaftsförderung auf die Wirtschaftsentwicklung zur Lösung der Entwicklungs-/Gewaltprobleme ab, die arabische Seite (von Sudan bis Kuwait) lehnt die starke wirtschaftliche Fokussierung mit teils kritischen Formulierungen ab. Der vollständige Plan wird (unter Boykott der PA-Behörde) diese Woche (Di/Mi) in Bahrain vorgestellt und diskutiert.

**Tschechische Republik | Massenproteste gegen Premier Babiš**

Nach anhaltenden, landesweiten Demonstrationen wurden am Vortag (23.06.) die bislang größten politischen Demonstrationen gegen die Regierung Babiš ausgetragen (Höhepunkt: Prag / Stärke: ca. 250.000 Menschen). Dem regierenden Premier wird Korruption, Steuerbetrug und Veruntreuung von EU-Geldern vorgeworfen. Die Initiatoren und Oppositionsgruppen fordern unabhängige Ermittlungen, 400.000 Menschen haben eine diesbezügliche Internetpetition unterschrieben. Premier Babiš (64 [Ex-Unternehmer, Multimilliardär]) weist die Anschuldigungen von sich und lehnt Gespräche bislang ab. Babiš ist Chef der 2011 von ihm gegründeten ANO-Partei, mit der er 2017 die Wahlen legal gewonnen hatte.

**Türkei | Opposition gewinnt OB-Wahl in Istanbul**

Die oppositionelle (republikanische Volkspartei) CHP hat mit dem amtierenden OB Ekrem Imamoglu (49) in einer Nachwahl die Bürgermeisterwahl in Istanbul gewonnen (Erstwahl 31.03.2019 / Annullierung durch Wahlkommission YSK auf Antrag der AKP). Nach türkischen Angaben erhielt Imamoglu 53,75 % der gültigen Stimmen. Sein Gegner, Ex-Premier Binali Yildirim (AKP), erhielt 45,43 % und verlor die Wahl mit rund 740.000 Stimmen Abstand (Wahlbeteiligung: rund 84,4 %). Präsident Erdogan und Binali Yildirim anerkannten mit Verweis auf die funktionierende Demokratie in der Türkei den Wahlsieg und gratulierten Imamoglu mit Unterstützungszusagen. Der Wahl des OB von Istanbul kommt hoher Symbolwert zu. Ob damit eine politische Veränderung-/Öffnung der Türkei eingeleitet wird, ist derzeit noch offen. Deutsche Politiker reagierten überwiegend positiv auf die demokratische Entwicklung in der Türkei.

**Mauretanien | Ergebnis der Präsidentschaftswahl**

Aus der Präsidentschaftswahl in Mauretanien ist nach Angaben der Nationalen Wahlkommission der Regierungskandidat Mohamed Ahmed Ould Ghazouani (UPR) als Wahlsieger hervorgegangen. Der frühere Generalstabschef erhielt 51,5 % der Stimmen. Ghazouani ist ein enger Vertrauter des scheidenden Präsidenten Ould Abdel Aziz, der verfassungsgemäß nicht erneut kandidieren durfte. Die Opposition erkennt das Ergebnis mit Verweis auf Wahlunregelmäßigkeiten nicht an. Ausländische Wahlbeobachter waren nicht zugelassen. Das westafrikanische Land ist Teil der Anti-Terror-Initiative G5 Sahel.

**USA – Iran | Reduzierung der Spannungen**

Nach der Rücknahme eines drohenden US-Luftschlags durch Präsident Trump infolge des Abschusses einer Höhenaufklärungsdrohne (MALE / TyP RQ-4 „Global Hawk“) hat sich die Lage um den Iran leicht entspannt. Präsident Trump stellte dabei (Opferprognose: ca. 150 Tote) auf den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit ab. Die USA werteten die Schonung eines US-Aufklärungsflugzeuges vor einem drohenden Abschuss als Chance für Verhandlungen. Inwieweit der gemeldete Cyberangriff der USA (gegen FlaRak-Stellungen) Erfolg hatte, ist offen. Die USA erklärten weiter, keinen Krieg zu wollen, jedoch („zusätzliche, bedeutende“) Sanktionen zu verschärfen. Diese sollen bereits heute in Kraft treten. Ziel der USA ist es, ein Abkommen (auch durch Direktverhandlungen) zu erreichen, in dem sich Teheran zu einem dauerhaften Verzicht auf Nuklearwaffen verpflichtet.

**EU | Führungsfrage offen**

Nach erfolglosen Verhandlungen zur Besetzung von Spitzenämtern in beiden Gremien (Staats-/Regierungschefs sowie Parlament) wollen die 28 Staats-/Regierungschefs am kommenden Sonntag weiter verhandeln. Ziel ist die Entwicklung eines Personalvorschlags, der im EU-Parlament gebilligt werden kann. Die bislang favorisierten Kandidaten (Weber, Timmermans, Vestager) erhielten keine Mehrheit. Bundeskanzlerin Merkel schloss einen Wechsel nach Brüssel erneut aus.

**EU | Klimapolitik**

Nach dem Votum des EU-Gipfels von Brüssel konnte über die Verschärfung der EU-Klimaziele keine Einigung erzielt werden. Deutschland und Frankreich konnten sich gegen das Veto von Tschechien, Ungarn sowie Estland und Polen nicht durchsetzen, dass die EU bis 2050 klimaneutral werden solle.

**RUS – GEO | Spannungen**

Am 08.07. soll nach einem Dekret des Kreml ein Direktflugverbot über Georgien in Kraft treten. Russische Tourismuskonzerne dürfen keine Reisen mehr nach Georgien genehmigen. Die russischen Touristenzahlen waren zuletzt stark steigend (113.000 [05-2019]). Russische Truppen sind weiterhin in den georgischen Provinzen Abchasien und Südossetien stationiert. Hintergrund der Sanktionen bildeten Ausschreitungen im GEO-Parlament nach einer RUS-Kundgebung (240 Verletzte).

**USA | Waffenexporte**

Die kleine Kammer des US-Kongresses plant in einem administrativen Schnellverfahren US-Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien und die VAE zu stoppen. Wirksam wird die Vorlage erst nach Zustimmung des Repräsentantenhauses. Präsident Trump drohte mit Veto.

**Großbritannien | Erste Veränderung im Rennen um Parteivorsitz**

Nach Bekanntwerden privater Spannungen (Polizeieinsatz / Scheidung von zweiter Frau im Prozess) haben sich Umfragen zufolge die Chancen von Boris Johnson als Bewerber für den Vorsitz der Tories eingetrübt. Bis zur Vorwoche hatte Johnson (36 % der Wählerstimmen) noch geführt, Mitbewerber Jeremy Hunt kam auf 28 %. Nun hat sich das Blatt erstmals gewendet (Hunt: 32 % / Johnson: 29 %). Johnson votiert für einen harten Brexit, Hunt für einen geregelten Brexit. Ende Juli 2019 entscheiden nach der Vorauswahl die rund 160.000 Parteimitglieder.

**Bangladesch | Arbeitskampf erreicht überregionale Wahrnehmung**

In Bangladesch ereigneten sich im im Bau befindlichen Kohlekraftwerk Payra in Kalapara (Süd-BGD [Produktionsziel: 1.325 MW]) gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen nationalen und chinesischen Arbeitern (zwei Tote / CHN-/BGD). Im Zuge der Einkesselung der Betriebsanlagen durch Bangladeschis mussten über 1.000 Polizeikräfte eingesetzt werden. China ist im Rahmen der Globalstrategie „Neue Seidenstraße“ der wichtigste Investor in Bangladesch, Investitionen in Höhe von rund 40 Mrd. USD wurden regierungsseitig zugesagt. Fertigungsbetriebe aus China haben sich bereits angesiedelt, die soziale Integration fällt weiter schwer.

**Äthiopien | Putschversuch gescheitert**

In Äthiopien ist nach Regierungsmeldungen ein Putschversuch (seitens der Volksgruppe der Amhara) gescheitert. Der Generalstabschef (Seare Mekonnen), ein weiterer General und ein Regionalpräsident (Ambachew Mekonnen) sind gefallen, der oberste Staatsanwalt schwer verletzt (Innentäter). Die Angriffe konzentrierten sich auf die Regionshauptstadt Bahir Dar, die ETH-Metropole Addis Abeba sowie auf die (einflussreiche) Region Amhara. Der Anschlag wird als Kulminationspunkt monatelanger interner Machtkonflikte bewertet (Bekennerschreiben fehlt). Unter Putschverdacht steht General Asaminew (Oromo-Ethnie). Die Regierung unter Premier Abiy Ahmed (Amtsantritt: 04-2018) hat eine Neuausrichtung des Landes begonnen (Reformen, Aussöhnung mit Eritrea). Die Durchführung der für Mai 2020 geplanten Wahlen erscheint fraglich (Abbruch DEU-Besuch von AM-Andargachew / starke Militärpräsenz in Addis Abeba).

**Venezuela | Weiter steigende Flüchtlingsprognosen**

Unter Beobachtung der aktuellen Migrationsraten gehen Experten davon aus, dass bis Ende 2018 rund 4 Mio. Staatsbürger(-innen), bis 2019 rund 5 Mio. Venezolaner(-innen) ihr Land verlassen haben (Rate: rund 1.000 Menschen pro Tag in Richtung Kolumbien). Da viele Flüchtlinge über keine ausreichenden Papiere verfügen und die wirtschaftliche Lage in den vorwiegend südamerikanischen Zielländern schwierig bleibt, ist die Gefahr ins soziale Prekariat abzurutschen immens hoch. Rund 1,4 Mio. Venezolaner sind in Kolumbien gestrandet, rund 50 % verfügen über einen regulären Aufenthaltsstatus. Die EU hat zur Linderung der Flüchtlingsnot für 2018/-19 rund 120 Mio. EUR an Hilfsgeldern zugesagt (davon ca. 75 % in Venezuela).

**ASEAN | Plastikmüllverbot**

Die zehn ASEAN-Staaten haben sich auf dem Gipfeltreffen in Thailand im Rahmen der „Bangkok Erklärung im Kampf gegen die Meeresverschmutzung“ zu einer bedeutenden Reduzierung der an Land produzierten Abfälle geeinigt. Details zur Durchführung des politisch verpflichtenden Abkommens stehen noch aus. Weiter wurde angesichts des US-amerikanisch-chinesischen Handelsstreits eine Intensivierung der wirtschafts-/handelspolitischen Zusammenarbeit beschlossen.

**DEU | Waldbrandgefahr hoch**

Nach einer kleinen Anfrage (FDP-Fraktion) hat es 2018 zusammengefasst 1.700 Mal gebrannt (Anstieg um das Vierfache im Vergleich zum Vorjahr). Rund 2.300 ha Wald wurden durch Feuer zerstört (2017: 400 ha). Die höchste Waldbrandzahl ereignete sich mit rund 500 Bränden im Bundesland Brandenburg, gefolgt von Sachsen (200) und Sachsen-Anhalt (180).

**Deutschland | Gorch Fock**

Nach aktueller Bewertung der Instandsetzung wird seitens des BMVg ab 2020 mit einem Einsatz des traditionellen Ausbildungsbetriebes gerechnet. Das Zwischenziel des „Ausdockens“ in Bremerhaven verlief erfolgreich. Die Instandsetzungskosten des rund 60 Jahre im Einsatz stehenden Schiffes (drei Jahre Wertzeit) betragen rund 135 Mio. EUR. Im künftigen EU-Kontext kommt auch der Gorch Fock eine weitreichende Ausgabedimension zu.

Der IAP COURIER erscheint als unabhängiger Informations- und Nachrichtendienst anhand offener Quellen in deutscher Sprache. Der IAP COURIER berichtet über das außen- und sicherheitspolitische Geschehen auf der Grundlage eines umfassenden Sicherheitsbegriffs.

Chefredakteur: Thomas M. Wandering | Korrespondenten und Redakteure des IAP-Dienstes | Verleger: IAP Publizistische Gesellschaft für Politik und Zeitgeschehen mbH, HRB 144 842 AG München | Postfach 34 01 60, D-80098 München | Tel. +49(0)89/226600 | Fax +49(0)89/226608 | Leserservice@iap-dienst.de.

Der IAP-COURIER erscheint in deutscher Sprache an Wochentagen in elektronischer Form nur im Jahresabonnement | Preise für Unternehmenslizenzen, Verbands- und Gruppentarife sowie zur Mehrfachnutzung oder zur Einstellung oder Verbreitung in internen Netzen im Internet und auf Anfrage. Kündigungsfrist zwei Monate vor Ablauf des Jahresabonnementzeitraumes. Erfolgt keine Kündigung, verlängert sich das Abonnement um weitere zwölf Monate. Eine Verwertung der urheberrechtlich geschützten Beiträge und Abbildungen in allen IAP-Publikationen auch in Form von Übersetzungen, Vervielfältigungen, Mikroverfilmungen sowie die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen ist unzulässig und strafbar und nur mit Genehmigung des Verlegers möglich. Keine Haftung bei Nichterscheinen in Folge höherer Gewalt. Bestellung unter [www.iap-dienst.de](http://www.iap-dienst.de) sowie beim IAP-Leserservice unter [Leserservice@iap-dienst.de](mailto:Leserservice@iap-dienst.de).

### China | Stationierung eines Anti-Satelliten-Systems

Die Luft-/Weltraumstreitkräfte der Volksbefreiungsarmee (PLAAF) haben bei Yanbian (NO-CHN) das mittlerweile zehnte Radarsystem des Typs JY-27A (Hersteller: CETC) zur Ergänzung des Frühwarnradars (Typ: JY-27A) bei Hekou stationiert. Nach gegenwärtigem Kenntnisstand befinden sich drei Radaranlagen im westlichen Verteidigungsbereich (Western Theater Command), eine weitere für den Küstenbereich im Westen und weitere vier im nördlichen Verteidigungsbereich. Es wird angenommen, dass weitere Anlagen in Südchina-/Küstenbereich folgen und alle Anlagen in das China Integrated Air Defence System (IADS) eingebunden werden.

### Australien | Zulauf und Platzreife für F-35A im Plan

Die königlich australische Luftwaffe (RAAF) hat die ersten 14 Kampfflugzeuge des Typs F-35A erhalten. Der Aufwuchs der Kräfte (Ausbildung [International Training Centre / Luke AFB Arizona]) sowie die Logistik verlaufen planmäßig. Eine erste vorläufige Einsatzbereitschaft (IOC) soll im Dezember 2020 erreicht werden. Nach der Lieferung der ersten F-35A zu Trainingseinheiten in den USA wird die RAAF insgesamt 72 F-35A erhalten. Die ersten beiden F-35A (No. 3 Squadron) wurden auf der australischen Luftwaffenbasis Williamtown (nördlich von Sydney) stationiert. Für 2019 sollen insgesamt sechs Maschinen stationiert werden, die Basis soll 2020 einsatzbereit (IOC) sein (Bereitstellung air combat and offensive air support).

### Russland | Verstärkung der Pazifikregion (Kamschatka)

Die russischen Streitkräfte haben nach Angaben der Führung der Pazifikflotte für ihre Küstenschutz-Raketenbrigade (520. Küstenschutz-Raketenbrigade) auf Kamschatka (Ferner Osten) zwei Artillerie-Bataillone mit Bal (3K60 / NATO-Code: SSC-6 „Sennight“) und Bastion-P (K300P NATO-Code: SSC-5 „Stooge“) Anti-Schiffs-Lenkflugkörpern (Cruise Missile) verstärkt. Die Anti-Schiffs-Lenkflugkörper haben (je nach Typ) eine Reichweite von rund 120 km (Kh-350 „Uran“) oder 260 km (Kh-35U). Nur der Hochgeschwindigkeitsflugkörper (P-800 „Oniks“ / Super Sonic Missile) hat eine Reichweite von rund 300 km.

### Türkei | S-500 Beteiligung

Nach aktuellen Meldungen plant Ankara eine Industriebeteiligung mit Rostec am FlaRak-Nachfolgesystem S-500 „Prometey“ (Prometheus) der fünften Generation mit der Typenbezeichnung 55R6M (Triumphant-M) aus Russland. Diesbezügliche Verhandlungen zur Beteiligung an dem künftigen weitreichenden High-Altitude-Intercept System wurden am 07.05. begonnen. Das neue bei VKO Almaz-Antey (JSC) in Entwicklung stehende System soll in der Lage sein, bis zu zehn Hochgeschwindigkeitswaffen (Hypersonic-Lenkflugkörper) sowie ballistische Raketen im Höhen- und Reichweitenband von 600 km (Höhe) und 800 km (Reichweite) abzufangen.

### Russland | Test einer neuen ballistischen Flugabwehrrakete

Die russischen Luft- und Weltraumstreitkräfte haben Anfang Juni (Veröffentlichung: 04.06.) mit den unterstellten Flug- und Raketenabwehrkräften auf dem kasachischen Testgelände Sary-Schagan den Test einer weiteren (nach russischen Quellen neuartigen) Flugabwehrwaffe durchgeführt. Im Zentrum stand der Test einer neuen weitreichenden Rakete (Triebwerk), welche auf einem mobilen Fahrwerk transportiert, aber aus einem Bodensilo abgefeuert wird. Das Ziel sei getroffen worden, die Bezeichnung der Rakete ist nicht bekannt.

### Südkorea | Panzerproduktion angelaufen

Die Serienproduktion des schweren Kampfpanzers K2 „Black Panther“ in den Fertigungsanlagen von Changwon (Hyundai-Rotem / Vertrag 2014) ist angelaufen. Die ersten beiden von geplant 100 Kampfpanzern (mit deutschen Kupplungsgetrieben) sind den Landstreitkräften (RoKA) ausgeliefert worden. Der Zulauf der ersten Tranche soll 2021 abgeschlossen sein. Die Gesamtplanung sieht derzeit 600 Kampfpanzer vor.

### Polen | Beschaffung F-35A

Die Regierung Polens hat im Rahmen des laufenden „Harpia“-Programms die formelle Beschaffungsanfrage für 32 Kampfflugzeuge des Typs F-35 inklusive des Logistik- und Trainingsprogramms an die USA gestellt. Das erste Geschwader soll noch vor 2026 mit 16 Maschinen ausgerüstet werden. Mit dem „Harpia“-Programm werden alle ehemaligen Systeme aus der Warschauer Pakt Ära ausgetauscht. Betroffen sind 21 MiG-29 (NATO-Code: „Fulcrum“) sowie 26 Su-22 (NATO-Code: „Fitter“). Im Bestand bleiben 48 F-16C/D (Block 50).

### DEU | Verteidigungsbudget

Die deutsche NATO-Vertretung hat die NATO über die Anpassung des deutschen Verteidigungshaushalts (Erhöhung um rund 5 Mrd. EUR) auf 47,32 Mrd. EUR für 2019 informiert. Die Bundesregierung plant im Folgejahr eine Erhöhung auf 49,67 Mrd. EUR (2020). Im laufenden Jahr werden damit 1,35 % des BIP für Verteidigung, Krisenbearbeitung und umfassende Sicherheitspolitik ausgegeben. Im Unterschied zu anderen NATO-Staaten werden im Einzelhaushalt 14 keine militärfremden Leistungen (Gendarmerie, Feuerwehr, Intel-Leistungen) eingerechnet.

### USA | US Navy 2<sup>nd</sup> Fleet

Die reaktivierte 2. Flotte der US Navy (derzeit: Norfolk Virginia) hat ihre vorläufige Einsatzbereitschaft (IOC) erreicht und wird bis Ende des Jahres die volle Einsatzbereitschaft (FOC) erreichen. Ziel ist die Verlegung von Kräften der 2nd Fleet in den Atlantik und die Arktisregion. Der US-Carrier „USS Harry Truman“ hat seinen Arktisversuch bereits im Oktober 2018 abgeschlossen.

**Innere Sicherheit | Länderübergreifende Kriminalitätsbekämpfung**

Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz und das Saarland bauen ihre Kooperation bei der Bekämpfung länderübergreifender Kriminalität weiter aus. Am Rande der Innenministerkonferenz (Kiel) zeichneten die Vertreter der fünf Bundesländer eine Kooperationsvereinbarung zur Bekämpfung von Straftaten im öffentlichen Raum. Geplant sind u.a. die Ausweitung schwerpunktmäßiger Fahndungs- und Kontrollmaßnahmen, die Zusammenarbeit im Bereich der Kriminaltechnik, Präventionsmaßnahmen zur Stärkung der Sicherheit im öffentlichen Raum sowie die Intensivierung des Informations- und Lagebildaustauschs. Die fünf Bundesländer haben bereits 2016 eine Kooperationsvereinbarung zur Bekämpfung von Wohnungseinbruchkriminalität unterzeichnet.

**BKA | Offene Haftbefehle im Bereich PMK-rechts**

Nach Angaben des BKA vom 14.06. bestanden zum Stichtag Ende März 2019 bundesweit insg. 657 offene Haftbefehle gegen 497 Personen, die dem politisch rechtsextremistischen Spektrum (PMK-rechts) zugeordnet werden. In 18 Fällen lag ein politisch (rechts) motiviertes Gewaltdelikt vor (u.a. Körperverletzungsdelikte, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte), 90 Haftbefehle bestanden wegen Straftaten wie dem Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Volksverhetzung und Beleidigungen. Die restlichen (83 %) Fälle sind dem Bereich der Allgmeinkriminalität (u.a. Diebstahl, Betrug, Erschleichen von Leistungen) zuzuordnen.

**Bundesheer | Tagesbefehl des Verteidigungsministers / Budgetengpass**

Anlässlich seines Amtsantritts hat der neue österreichische Verteidigungsminister Starlinger am 18.06. einen Tagesbefehl an die Soldatinnen und Soldaten sowie die zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesheeres gerichtet. Darin unterstreicht Starlinger die anhaltende dramatische Verschlechterung der budgetären Situation des Bundesheeres, die ohne Gegenmaßnahmen Einschränkungen beim Schutz der österreichischen Bevölkerung nach sich ziehen könne. Konkret nannte Starlinger Einschränkungen beim Katastrophenschutz (Hochwasser, bedrohliche Schneelagen), bei der Cyberabwehr, dem Schutz kritischer Infrastruktur, der Evakuierung österreichischer Staatsbürger aus Krisenländern, der Teilnahme an Auslandseinsätzen sowie der allgemeinen Ausbildung und Ausrüstung. Laut Starlinger sind zusätzliche Mittel in Höhe von rund 3 Mrd. EUR erforderlich, um den budgetären Engpässen zu begegnen. Ein Zustandsbericht ist bis Mitte September geplant.

**Niedersachsen | Stärkung des Katastrophenschutzes**

Das niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport hat den niedersächsischen Feuerwehren am 17.06. insg. zehn Löschfahrzeuge (Typ LF-KatS) übergeben. Diese Fahrzeuge wurden als Ergänzung des Katastrophenschutzes der Länder für Zwecke des Zivilschutzes durch das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) beschafft. Gemäß einer Einigung zwischen Bund und Ländern (2007) sind für Niedersachsen insgesamt 93 Fahrzeuge des Typs LF-KatS vorgesehen.

**Deutschland | Verstärkung der Kriminalitätsbekämpfung**

Zur Verstärkung des Kampfes gegen die Schwarzarbeit kann die „Finanzkontrolle Schwarzarbeit“ (FKS) bereits früher gegen illegale Beschäftigung tätig werden. Im Zentrum steht das Austrocknen von Dienst- und Werkleistungen, die nur vorgetäuscht werden, um damit Sozialversicherungsbetrug zu decken. Ferner erhält die FKS breitere Kontrollrechte bei der Zwangsausbeutung, Tagelöhnerbörsen und gegen Menschenhandel. Da bislang nur gegen Hehler des Menschenhandels vorgegangen werden konnte, verbreitert sich nun die Prüfungsmöglichkeit. Ob sich daraus potenzielle Synergien in den Bereichen Forensik und Vermögensabschöpfung (Fachgebiet der Zollfahndung) ergeben, ist zu prüfen.

**Zoll | Drogenfund**

Nach Meldung vom 14.06. wurden am 31.05. insgesamt 670 kg Heroin sichergestellt (größter Heroinaufgriff in DEU). Die Betäubungsmittel (532 Verpackungen mit je 1,3 kg) befanden sich in einem georgischen Lkw mit Zielrichtung Niederlande und wurden durch eine Streife der Bundespolizeiinspektion Frankfurt (Oder) auf der Autobahn 12 in Höhe Briesen aus Polen kommend aufgebracht. Vorausgegangen war ein Hinweis aus den Niederlanden. Der 63-jährige türkische Fahrer zeigte sich ahnungslos, die Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) beantragte Haftbefehl.

**UBA | Luftqualität**

Nach Angaben des Umweltbundesamts (UBA) setzt sich der langsame Rückgang der Stickstoffdioxid-Belastung (NO<sub>2</sub>) in den deutschen Städten fort. Im vergangenen Jahr wurde in 57 Städten der Luftqualitätsgrenzwert von 40 Mikrogramm NO<sub>2</sub> pro m<sup>3</sup> Luft (µg/m<sup>3</sup>) im Jahresmittel überschritten. Es sind dies acht Städte weniger als im Jahr 2017 (65). Die höchsten Werte wiesen Stuttgart, Darmstadt und München auf.

**Deutschland | Notruf-App**

Nach dem Abschluss der Erprobungsphase (seit 2017) ist die bundesweite Einführung der Notruf-App für 2020 geplant. Auf Smartphones/Tablets kann damit ein Notruf abgesetzt werden. Ferner sollen die Übertragung der GPS-Position sowie das Senden von Bildern oder Videos an die Leitstelle möglich sein. Eine integrierte Chat-Funktion richtet sich zudem an Menschen mit Hör- und Sprachbehinderungen sowie Personen in Bedrohungssituationen.